

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtags
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller
betreffend **Reduktion von Plastikverpackungen und Plastikmüll**
Der Landtag wolle beschließen:

Entschließungsantrag

des Burgenländisches Landtages vom betreffend **Reduktion von Plastikverpackungen und Plastikmüll**

Plastikmüll belastet zunehmend sowohl die Ozeane als auch die unmittelbare Lebensumwelt der Burgenländerinnen und Burgenländer. Zwar ist im Abfallwirtschaftsgesetz die Entsorgung von Plastikmüll geregelt, eine große Menge an Plastikmüll landet jedoch im Restmüll, ja sogar in der Biomülltonne. Auch die ernüchternde Recyclingquote von PET-Flaschen zeigt, dass das Problem mit Plastikverpackungen einer umfassenderen Lösung bedarf.

Ein besonderes Umweltproblem stellen achtlos weggeworfene oder liegen gelassene Dosen, Plastikflaschen und andere Getränkeverpackungen dar. Genaue Zahlen über die Menge an Dosen und Plastikflaschen, die jedes Jahr in Straßengraben, Feldern, Flüssen oder Wäldern landen anstatt in den vorgesehenen Sammelbehältern entsorgt zu werden, gibt es von Seiten der Behörden nicht. Auch wenn die getrennte Sammlung von Flaschen und Dosen im Burgenland relativ gut funktioniert, so landen doch rund 30% aller Dosen und mehr als 20% aller Plastikflaschen im Restmüll oder auf Straße bzw. in der Landschaft. Bisherige Bemühungen der Wirtschaft und des Lebensministeriums bzw. der Landesregierung zielten vor allem auf eine verbesserte Information der Bevölkerung ab. Auf weiterführende politische Lenkungsmaßnahmen wie Anreize oder Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils von Mehrwegverpackungen wurde bisher verzichtet. So würde die Einhebung eines flächen-deckenden Getränkeverpackungspfandes zu einer deutlichen Steigerung der sortenreinen Sammlung sowie einer Reduktion des Litterings bei Getränkeverpackungen führen. Durch die Einhebung eines Pfands besteht ein ökonomischer Anreiz, die leeren Dosen und Flaschen zurückzubringen. Dies gilt auch für die konventionelle Durchführung vieler Feste, bei denen eine besonders große Menge an Plastikmüll anfällt.

Die sowohl unter ökologischen als auch unter sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten nachhaltigsten Getränkeverpackungen sind die über 40 Mal wiederbefüllbaren Mehrwegflaschen, die allerdings seit Anfang der 1990er Jahren immer mehr aus den heimischen Regalen verschwinden. Der Mehrweganteil bei Mineralwasser im Lebensmitteleinzelhandel liegt sogar bei unter 10 Prozent. Alle anderen Getränkearten wie Limonaden sind fast ausschließlich in Einwegverpackungen erhältlich, eine Wahlfreiheit der KonsumentInnen ist somit nicht mehr vorhanden.

Um das volle ökologische Potential zu entfalten, muss die Einführung eines Pfandsystems daher an die gezielte Erhöhung der Mehrweganteile bei Getränkeverpackungen gekoppelt werden.

Auch auf Landesebene fehlen nach wie vor nachhaltige Maßnahmen, um den Gebrauch von Plastiksackerl und Plastikverpackungen zu reduzieren, beispielsweise durch die grundsätzliche Bindung von Förderungen für Vereinsveranstaltung an die Verwendung von Mehrweggeschirr. Umweltfreundliches Verhalten wird zwar durch zusätzliche Förderungen belohnt, wie etwa durch die begrüßenswerte Initiative von Landesrätin Astrid Eisenkopf „A sauberes Fest!“. Eine nachhaltige Änderung des Umgangs mit letztlich auch gesundheitsschädlichem Plastikgeschirr, Plastikgetränkeverpackung und damit Plastikmüll wird dadurch aber noch nicht erreicht.

Um das Problem des Plastikmülls in den Griff zu bekommen, bedarf es daher Maßnahmen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert

- nachhaltige Maßnahmen auf Landesebene zu setzen, um den Gebrauch von Plastiksackerl und Plastikverpackungen zu reduzieren,
- bewusstseinsbildende Maßnahmen für gesundheitsgefährdende Schadstoffe in Plastik, vor allem in Lebensmittelverpackungen, zu setzen.

Weiters soll an die Bundesregierung mit dem Ersuchen herangetreten werden,

- ein verpflichtendes Pfandsystem für alle Getränkeverpackungen sowie die verpflichtende Kennzeichnung für Mehrweg- und Einweg-Getränkeverpackungen einzuführen und
- sich für ein europaweites Verbot von Plastikverpackungen einzusetzen, die Chemikalien enthalten, welche im Verdacht stehen, das Hormonsystem zu schädigen und Krebs verursachen zu können (z.B. Bisphenol A) sowie
- sich für ein europaweites Verbot von Mikroplastik in Kosmetikprodukten einzusetzen.